

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Hans Eichel MdL zum
Krieg am Golf: Frie-
densgespräche statt
Wahlkampf.

Seite 1

Erwin Horn MdB zu den
Koalitionsverhandlun-
gen über den Verteidig-
ungsbereich: Von der
Hardthöhe ist nichts
Neues zu erwarten.

Seite 2

Gerd Weimer MdL zum
Erfordernis, die wis-
senschaftliche Be-
schäftigung mit Kon-
version und Friedens-
fragen zu intensivieren:
Der Rüstungslobby die
Tür weisen.

Seite 3

Dokumentation

Verschiedene Gewerk-
schaften, SPD-Bun-
destagsabgeordnete,
die Fraktion Bündnis
'90 / Grüne und die
Juso-Hochschulgrup-
pen haben den Golf-
krieg verurteilt und zum
Protest aufgerufen. Ihre
Erklärungen im Wort-
laut.

Seite 5

46. Jahrgang / 12

17. Januar 1991

Friedensgespräche statt Wahlkampf Zum Krieg am Golf

Von Hans Eichel MdL
Spitzenkandidat der SPD bei den hessischen Landtagswahlen
Hessischer SPD-Landesvorsitzender

Eine Sprachlosigkeit der Politik nach dem Kriegsausbruch am Golf kann jetzt den Menschen in ihrer Betroffenheit nicht helfen.

Deshalb wird die hessische SPD ihre vorgesehenen Veranstaltungen nicht mehr für den Wahlkampf nutzen, sondern vielmehr den Dialog mit den Menschen über die Auseinandersetzungen am Golf und über die Wiederherstellung des Friedens zu suchen.

In den letzten Tagen hat sich gezeigt, daß die Bürgerinnen und Bürger ein großes Bedürfnis haben, über Friedenspolitik zu reden. Deshalb dürfen die politischen Verantwortlichen die Menschen nun in ihrer Ohnmacht nicht alleine lassen.

Frieden ist nicht durch Schweigen erreichbar, die Politik muß Antworten geben, auf die Fragen, die Menschen stellen.

Deshalb wird die hessische SPD alle Veranstaltungen bis zum Sonntag für Diskussionen öffnen und auf Wahlkampfauseinandersetzungen verzichten.

Die Abschlußkundgebung der hessischen SPD in Wiesbaden am Freitagabend mit Björn Engholm wird als zentrale Friedenskundgebung durchgeführt werden.

Die SPD-Untergliederungen sind aufgefordert worden, ihre Veranstaltungen ebenfalls unter dem Thema "Frieden am Golf" durchzuführen.

(-/17.1.1991/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verworfener Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier



Von der Hardthöhe ist nichts Neues zu erwarten
Zu den Koalitionsverhandlungen über den Verteidigungsbereich

Von Erwin Horn MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages

Die Bundesrepublik soll bis Ende 1994 auf eine Stärke von 370.000 Mann reduziert werden. So haben es Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident Gorbatschow bei ihrem Treffen im Juli 1990 im Kaukasus abgesprochen, und zu dieser Zusage hat sich die Bundesrepublik Deutschland bei den 2 + 4 Gesprächen und dem am 12. September in Moskau unterzeichneten Vertrag bekannt.

Seit diesem Zeitpunkt ist nichts geschehen, woraus man ersehen könnte, wie diese Verringerung der Bundeswehr erfolgen soll. Obwohl diese Aufgabe zu der größten Herausforderung gehört, der sich die politische Leitung des Verteidigungsministerium längst hätte stellen müssen, schiebt Minister Stoltenberg die überfälligen Entscheidungen weiter vor sich her - zu Lasten der betroffenen Soldaten und Zivilbeschäftigten sowie der Kommunen.

Sollten aber Entscheidungen bereits gefallen sein, so wurden diese ohne Beteiligung der betroffenen Interessensvertretungen von Soldaten und Zivilbeschäftigten und ohne Konsultation der Städte und Gemeinden getroffen. Das eine ist so schlimm wie das andere. Dem Parlament gegenüber hüllt sich Herr Stoltenberg in Schweigen und vertröstet es auf Mitte des Jahres 1991, um sein Konzept vorzustellen.

Die Bundeswehr muß aber nicht nur zahlenmäßig verringert, sondern sie muß unter Berücksichtigung der völlig neuen sicherheitspolitischen Lage in ihrem Auftrag neu definiert, in ihrer Gliederung neu strukturiert und in ihrer Begründung neu legitimiert werden.

Diese Dimension der anstehenden Aufgabe wurde bisher nicht erkannt. Die SPD fordert seit Mitte letzten Jahres hierfür ein Konzept und machte dazu konkrete Vorschläge. Doch Herr Stoltenberg schweigt.

Die FDP ist bei den Koalitionsverhandlungen erneut umgefallen. Obwohl man solches Verhalten bei dieser Partei seit langem kennt, so werden die Wortbrüche gegenüber dem Wähler dennoch immer dreister und die Abstände im Widerspruch zwischen erklärtem Anspruch und praktizierter Wirklichkeit immer kürzer. Dies wird besonders deutlich bei den Beschlüssen über den Jäger 90 und der Dauer des Grundwehrdienstes.

Vor der Bundestagswahl stellte die FDP fest, der Jäger 90 werde nicht gebraucht und sei überflüssig. Bei einer Weiterführung der Koalition werde sie den Ausstieg aus dem Projekt zur Sollbruchstelle bei den Koalitionsverhandlungen machen. Nunmehr trägt die FDP den Beschluß mit, die Entwicklung des Jäger 90 zu Ende zu führen und stellt im Einvernehmen fest, daß in den nächsten zehn Jahren ein neues Jagdflugzeug gebraucht werde.

Genauso widersprüchlich verhält sich diese Partei bei der Dauer des Grundwehrdienstes. Auf ihrem Parteitag im Herbst letzten Jahres kündigte sie lautstark an, die Wehrdienstzeit in der neuen Legislaturperiode auf neun Monate verkürzen zu wollen. Kaum daß die Wahl vorbei ist, kommt sie mit der CDU/CSU überein, die Dauer des Grundwehrdienstes auch über 1994 hinaus bei zwölf Monaten zu belassen.

Mit diesen Roßtäuschertricks ging die FDP auf Stimmenfang und täuschte bewußt die Wähler über ihre wahren Absichten.

Die Zukunft im Bereich der Verteidigung verheißt auch deshalb nichts Gutes, weil Herr Stoltenberg Verteidigungsminister bleiben soll, obwohl sich in seiner bisherigen Amtsführung herausgestellt hat, daß er notwendige Entscheidungen nicht trifft, sondern vor sich herschiebt. Dies umfaßt die Bundeswehrplanung im ganzen ebenso wie in einzelnen Bereichen. So fehlen nach

wie vor eine schlüssige Reservistenkonzeption - Pflichtwehrlübungen werden unverändert durchgeführt - die gesetzliche Regelung der Dienstzeit und die Einführung der Beteiligungsrechte nach dem Personalvertretungsgesetz in den Streitkräften. Ganz zu schweigen von der Integration der ehemaligen NVA in die Bundeswehr, von der wir noch weit entfernt sind und aufgrund falscher Analysen und fehlender Konzepte leider auch noch lange bleiben werden.

Verteidigungsminister Stoltenberg und der politischen Leitung der Hardthöhe mangelt es an Ideen, um aus diesen die Kraft zur politischen Gestaltung zu schöpfen, die notwendig ist, um Aufgaben zu bewältigen, die vor uns liegen.

(-/17.1.1991/rs/ks)

Der Rüstungslobby die Tür weisen

Zum Erfordernis, die wissenschaftliche Beschäftigung mit Konversion und Friedensfragen zu intensivieren

Von Gerd Weimer MdL

Hochschul-Experte der SPD-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Die Landesregierung und die Universitätsleitungen sperren sich weiterhin gegen jede Beschränkung von Rüstungsforschung an den Hochschulen des Landes. Demgegenüber verlangen wir, daß die ethische Dimension von Wissenschaft und Forschung nicht nur ernst genommen wird, sondern auch Konsequenzen hat. Die Hochschulen dürfen sich auch von finanzkräftigen Drittmittelgebern nicht dazu verleiten lassen, den Verwertungsinteressen von Rüstungsfirmen und von Militärs nachzugeben.

Es ist nicht immer leicht, bei Vorhaben der Grundlagen-, aber auch der angewandten Forschung, exakt zu beurteilen, ob mit Forschungsergebnissen auch militärische Zwecke verfolgt werden können. Wegen dieser Abgrenzungsschwierigkeiten darf man aber nicht, wie es manche Professoren tun, das Handtuch werfen und jegliche Forschung, die militärisch von Bedeutung ist, von vornherein als legitim ansehen. Vor allem dann, wenn durch die Art des Auftraggebers fest steht, daß eine militärische Verwendung im Vordergrund stehen soll, muß die Hochschule gehalten sein, derartige Projekte abzulehnen.

Es ist daher nicht nachvollziehbar, wenn die Landesregierung und die Universitäten sich einer "Zivilklausel" verweigern, die ohnehin nur empfehlenden Charakter hätte. Die Ablehnung der Landesregierung gegenüber der Rüstungsforschung an den Hochschulen des Landes kann man nur als blauäugig bis verantwortungslos bezeichnen.

Zur Begründung wird immer wieder auf die Wissenschaftsfreiheit hingewiesen und argumentiert, daß es in der Entscheidung eines jeden Forschers liegt, ob er Auftrags- und Drittmittelforschung übernimmt. Grenzen setzt nach Auffassung der Landesregierung allein der von der Verfassung gesetzte Rahmen. Wenn es dabei nach Wissenschaftsminister Engler geht, dann darf auch in Zukunft an den Hochschulen des Landes ungehindert und unkontrolliert Militärfor- schung betrieben werden.

Die Berufung auf die Freiheit der Forschung ist in diesem Fall jedoch geradezu absurd, denn es kann nicht angehen, daß die Mitarbeit an Rüstungsforschungsprojekten auch dann dem einzelnen Landesbediensteten überlassen wird, wenn er Personal und Einrichtungen des Landes benutzt.

Eine Empfehlung des Landes und der Hochschulen in Form einer "Zivilklausel" würde es dem einzelnen Forscher erleichtern, Drittmittelaufträge abzulehnen, ohne sich danach Vorwürfen seitens der Universität oder des Wissenschaftsministeriums ausgesetzt zu sehen.

Mit der abwehrenden Haltung des Wissenschaftsministeriums ist vorschnell die Chance vertan worden, angesichts des zu Ende gehenden Ost-West-Konflikts deutliche Zeichen für eine veränderte Wissenschafts- und Forschungspolitik zu setzen.

Konkreter Anlaß für die von der SPD-Fraktion eingebrachte Landtagsinitiative zur Rüstungsforschung waren die unlängst bekannt gewordenen Forschungsaufträge aus Drittmitteln an der Universität Stuttgart. Offenbar hatte nicht einmal das zuständige Wissenschaftsministerium zuvor von diesen Projekten Kenntnis. Die Wahrheit über den Umfang der militärischen Forschung an der Universität Stuttgart mußte erst mühsam durch beharrliches Nachhaken ans Licht der Öffentlichkeit gebracht werden. Dies zeugt von einem bedauerlichen Mangel an Transparenz sogar gegenüber den eigenen Organen der Universität.

Mit der Devise "erlaubt ist, was nicht ausdrücklich verboten ist" macht man es sich auf diesem komplizierten Feld der gesellschaftlichen, humanitären und ethischen Verantwortung zu leicht.

Ich plädiere für eine Verantwortungsethik von Wissenschaft und Forschung.

Leider drückt sich die Landesregierung auch hier vor einem politischen Handeln. Diese Immobilität äußert sich auch gegenüber der Forderung der SPD-Fraktion nach einem Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Tübingen. Gerade angesichts der jüngsten Ereignisse in Ost-Europa ist die wissenschaftliche Bewältigung der sicherheitspolitischen Probleme in Mittel-Europa, in Europa und in der Welt von besonderer Bedeutung. Es müssen Analysen zur Abrüstungsplanung und zur Rüstungskonversion durchgeführt werden. Aus der Kritik der Rüstungsdynamik sind neue sicherheitspolitische Konzepte zu entwickeln.

Konfliktanalyse, Friedensmodell West-Europa, Studien zur Abrüstung und Kriegsverhütung, Folgen von Abrüstung für Gebietskörperschaften und Regionen sowie die Rolle von internationalen Organisationen stellen wichtige Schwerpunktthemen dar.

Die zögerliche Haltung der Landesregierung gegenüber der Einrichtung eines Instituts für Friedens- und Konfliktforschung und die gleichzeitige Weigerung, eine "Zivilklausel" mit Empfehlungscharakter für alle Drittmittelaufträge von Professoren vorzugeben, zeigt eine beängstigende Gleichgültigkeit gegenüber den für uns alle entscheidenden Fragen der Sicherheit und des Friedens. Eine grundsätzliche Umkehr in die Friedenspolitik wird so kaum zu erreichen sein.

(-/17.1.1991/rs/ks)

DOKUMENTATION

IG Medien: Golfkrieg sofort beenden

Vor dem Hintergrund des Kriegs am Golf hat der Hauptvorstand der IG Medien folgenden Aufruf veröffentlicht:

Der Krieg am Golf hat seine Wurzeln nicht nur in den Hinterlassenschaften des alten Kolonialismus, der ungelösten Palästinenserfrage und der Besetzung Kuwaits durch Truppen des irakischen Diktators Saddam Hussein.

Hauptsächlich geht es um die uneingeschränkte Verfügung der reichen Industrienationen über das arabische Öl. Der Krieg dient wirtschaftlichen Interessen, die von der Bundesregierung in ihrer bisherigen Politik unterstützt worden sind.

Wenn die reichen Industrienationen nicht zu einer Umkehr ihrer Politik gegenüber den arabischen Ländern gezwungen werden, wird sich der Nord-Süd-Konflikt weiter verschärfen - mit unabsehbaren Folgen für den Weltfrieden, für die weitere wirtschaftliche Entwicklung, vor allem aber für die völlig verarmten Länder der "Dritten Welt" und für die Menschen in allen arabischen Staaten.

Deswegen muß dieser Krieg sofort beendet und eine Verhandlungslösung für den Nahen Osten gesucht werden, unter Einschluß der Palästinenserfrage.

Die IG Medien fordert alle Mitglieder und die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf, sich mit Protestaktionen jeder Art, einschließlich demonstrativer Arbeitsniederlegungen, für die sofortige Beendigung des Krieges einzusetzen.

Die IG Medien setzt sich im DGB dafür ein, national wie international zu wirksamen Aktionen und Proteststreiks aufzurufen, um die Regierungen zum Einlenken zu bewegen.

Die IG Medien fordert:

- sofortige Einstellung der Kriegshandlungen am Golf
- Rückzug der Bundeswehr aus Kurdistan
- keine Beteiligung der Bundeswehr an weiteren Kriegshandlungen
- sofortiger Stopp jeglicher finanzieller und materieller Unterstützung für die kriegführenden Parteien
- endgültiges Verbot des Rüstungsexports
- Bestrafung der Verantwortlichen für die Lieferung von Kriegsmaterial und Anlagen zur Produktion atomarer, chemischer und biologischer Waffen in Krisengebiete
- die IG Medien fordert alle Soldaten auf, einen grundgesetzwidrigen Einsatz im Rahmen des Golfkrieges zu verweigern.

(-/17.1.1991/rs/ks)

IG Metall-Vorstand: Friedenswillen täglich bekunden

Der Vorstand der IG Metall hat angesichts des Kriegsausbruchs am Golf alle Arbeitnehmer in der Metallwirtschaft aufgefordert, ihren Friedenswillen täglich zu bekunden und sichtbar zu machen. "Alle Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik sind aufgerufen, den politisch Verantwortlichen ihren Willen zum Frieden täglich deutlich zu demonstrieren", heißt es in einer Erklärung des IG Metall-Vorstandes vom Donnerstag.

Weiter heißt es: "Der irakische Diktator Saddam Hussein hat bis zuletzt auch nur das geringste Einlenken zur Erfüllung der UNO-Resolutionen verweigert. Die zur bewaffneten Durchsetzung dieser Resolutionen zusammengeschlossenen Nationen haben weitere friedliche Entwicklungsmöglichkeiten nach Ablauf des UN-Ultimatums für sinnlos erachtet. Die IG-Metall fordert ein Zurück zu politischen Lösungen.

Gerade weil die Kriegshandlungen ihre Legitimation aus den Beschlüssen der UNO herleiten, muß für die handelnden Nationen die strikte Bindung an den friedenssichernden Auftrag der Weltorganisation gelten. Täglich müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um weiteres Blutvergießen zu stoppen.

Die vom DGB zusammen mit der Friedensbewegung für den 26. Januar vorgesehene Großkundgebung erhält nun einen zusätzlichen Stellenwert. Sollte es bis dahin gelungen sein, den Krieg zu beenden, wird und muß dies eine Gelegenheit sein, in der die deutschen Arbeitnehmer machtvoll ihre Bereitschaft bekunden, daß sich derartiges nicht mehr wiederholt.

(-/17.1.1991/rs/ks)

Ostdeutsche SPD-MdBs u.a.: Statt Waffen Friedensideen exportieren

21 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion aus den neuen Bundesländern, die Fraktion Bündnis '90 / Grüne im Deutschen Bundestag und der Landesverband Ost der Deutschen Friedensgesellschaft / Vereinigte Kriegsgegner haben für Freitag mittag zu einer Demonstration vor dem Kanzleramt und der US-Botschaft aufgerufen. In ihrem Appell heißt es unter anderem:

"Krieg am Golf ist keine Lösung des Konfliktes, weil er mehr zerstört, als er schützen will.

Kuwait wird in Flammen aufgehen!

Die ökologischen Schäden durch den Einsatz biologischer und chemischer Waffen und den Brand der Ölfelder werden die Golfregion in ein Gebiet des Grauens verwandeln und nicht abschätzbare weltweite Auswirkungen nach sich ziehen.

Eine politische Lösung des Nahostkonflikts wird weiter wegrücken denn je.

Die Ölverknappung und damit verbundene Preisexplosionen werden die Weltwirtschaft und insbesondere die Entwicklungsländer in eine nicht kalkulierbare ökonomische Krise mit weitreichenden sozialen und politischen Folgen stürzen.

Der Golfkrieg ist nicht nur ein Krieg am Golf!

Es gibt keine Alternative zu einer friedlichen Lösung.

Statt Waffen soll Deutschland Friedensideen exportieren.

Dazu ist von Seiten unserer Regierung noch nicht genug geschehen!

Kommt alle nach Bonn! Der Frieden braucht jede Stimme!

(-/17.1.1991/rs/ks)
